

## Anfrage



**Vorlage Nr.:** 16-1217/1  
erstellt am: 26.11.2008

Abteilung: Projektmanagement, Bürgerservice und Vereine  
Verfasser/in: M. Zanger  
Aktenzeichen: L-1/2 MZ

### **Anfrage der GRÜNE-Fraktion vom 20. November 2008 zur ICE-Neubaustrecke: hier: Beantwortung der Anfrage**

#### **Beratungsfolge:**

<b>Gremium</b>	<b>Sitzungsdatum</b>	<b>Status</b>	<b>Zuständigkeit</b>
Kreistag	08.12.2008	Ö	Kenntnisnahme

Die Anfrage der GRÜNE Fraktion wird wie folgt beantwortet:

1. Liegt dem Kreisausschuss der Vorgang der RVS, Nr.: VII/58.1 mit den Zitaten zur Tunnellösung aus dem Schreiben der DB AG vor.
2. Liegt eine Kopie der Original-Stellungnahme der DB AG vor.

**Zu Frage 1:** Die genannten Zitate gehen aus der Einladung zur Regionalversammlung Südhessen hervor.

**Zu Frage 2:** Nein, nach Anforderung durch den Kreis mit Fax vom 24.11.08, liegt uns eine Originalstellungnahmen der **DB Services Immobilien GmbH** vor.

Die GRÜNE-Fraktion fragt weiterhin im Zusammenhang mit diesem Vorgang und unter Verweis auf die Zitate des RP daraus: Hat die DB AG sich dem Kreis gegenüber auch bereits dahingehend schriftlich geäußert,

3. dass die Topographie in der Rheinebene keinen 11,9 km langen Tunnel erforderlich mache,
4. dass statt eines 11,9 km langen Tunnels lediglich ein 1,4 km langer Tunnel zur Querung der A 67 erforderlich und in Planung sei,
5. dass eindeutig festgelegt sei, die Trasse über den von der Stadt Lorsch angesprochenen Geländestreifen zu führen,
6. dass Lorsch auch durch einen kurzen Tunnel vor Lärm geschützt sei, und die Trasse gegenüber Einhausen ca. 250 m gegenüber der Wohnbebauung und niedriger als die Autobahn liege,

7. dass bei einem Bahntunnel Langwaden nicht vor Lärm geschützt wäre, sondern nur bei einer oberirdischen Trassenführung eine Lärmschutzwand bekäme,
8. dass sich durch die Aufspreizung der Streckengleise bei einem bergmännischen Tunnel auf etwa 12 m sogar ein erheblich größerer Flächenverbrauch im Schutzgebiet ergebe,
9. dass, neben vielen anderen Argumenten, die die DB AG gegen eine bergmännische Tunnellösung anführt, vor allem die Kostenrechnung die vom Kreis Bergstraße angeführt wird, „nicht nachvollziehbar und unseriös“ ist?

### **Zu den Fragen 3-9:**

Nein, die **Deutsche Bahn AG** hat sich dahingehend gegenüber dem Kreis noch nicht schriftlich geäußert.

Ausgehend von der landesplanerischen Beurteilung und Feststellung des RP Darmstadt vom 23.06.2004 und dem Planfeststellungsantrag der Deutschen Bahn AG haben sich der Kreis Bergstraße, die anerkannten Naturschutzverbände und die betroffenen Kommunen darauf verständigt, eine gemeinsame Position zu entwickeln und diese gegenüber der Bahn zu vertreten.

Vor diesem Hintergrund tagt seit einigen Monaten in regelmäßigen Abständen ein interkommunaler Arbeitskreis zur ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim. Neben dem Kreis Bergstraße sind Mitglieder dieses Arbeitskreises: Vertreter der Städte Bensheim und Lorsch, der Gemeinde Einhausen, des Vereins Mensch vor Verkehr und der anerkannten Naturschutzverbände. Als erstes Ergebnis hat dieser Arbeitskreis Bahnchef Mehdorn im Juni letzten Jahres ein gemeinsames Positionspapier zur geplanten ICE-Neubaustrecke übergeben. Kern dieses Positionspapiers sind die gemeinsam abgestimmten Forderungen:

1. Zum Schutz der Bebauung, der Bevölkerung und der Natur, werden Untertunnelungen langer Streckenabschnitte notwendig. Bei einer Streckenführung entlang der BAB A67 ist ein Tunnel notwendig, dessen Tunnelmund im Waldbereich des Jägersburger Waldes nördlich von Langwaden beginnt und südlich hinter der Rastanlage Lorsch endet (Tunnelmund in Höhe des Lampertheimer Gscheids liegend.)
2. Jegliche Untertunnelung muss in bergmännischer Bauweise ausgeführt werden

Nur bei Umsetzung dieser Minimalforderungen wird seitens des Arbeitskreises ein reibungsloser und schneller Planungsprozess für die betroffene Region gesehen.

Hierbei fanden die Positionen der Naturschutzverbände besondere Berücksichtigung:

- Der Trassenverlauf ist so zu gestalten, dass er flächensparend und naturverträglich ausgeführt wird und die Lebensqualität von Mensch und Natur nicht beeinträchtigt. Hierzu ist der Trassenverlauf maximal zu bündeln. Flächenverinselung ist zu minimieren und NATURA2000-Gebiete und -Arten sind größtmöglich zu schonen. Die Schaffung westexponierter Waldränder ist zu vermeiden. Der naturschutzrechtliche Ausgleich muss zeit- und eingriffsnah erfolgen.

- Der Schutz des UNESCO-Geoparks Bergstraße-Odenwald ist zwingend zu gewährleisten; sein Status darf nicht gefährdet werden. Gleiches gilt auch für das UNESCO-Weltkulturerbe Kloster Lorsch.
- Zum Schutz der in der Region lebenden Menschen, ist auf beste Lärmabschirmung - auch über das gesetzlich erforderliche Mindestmaß hinaus - zu achten. Die bestehenden Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen, die bestehenden Eisenbahntrassen der Ried- und der Rhein-Neckar-Bahn sowie der Flughafen verursachen bereits einen hohen Dauerlärmpegel. Die Lärmabschirmung muss der Summationswirkung Rechnung tragen.
- Das Grundwasserproblem muss so gelöst werden, dass weder eine Verunreinigung des südhessischen Wasserreservoirs erfolgt, noch Grundwasserabsenkungen einerseits oder Vernässungen andererseits eintreten.

Diese Position zur bergmännischen Tunnellösungen Langwaden-Lorsch findet sich in dem einstimmig gefassten Beschluss des Kreistages 16-014 vom 14.04.08 wieder und wurde vom Verband Region Rhein-Neckar am 30.09.08 mit folgendem Wortlaut in den Zielkatalog des Verbandes aufgenommen:

„Im Abschnitt zwischen Bensheim-Langwaden und Mannheim ist bei der Trassenfindung eine ökologische/lärmschutztechnische (unter möglichst weitgehender Bündelung einer Neubautrasse mit der A 67 und möglichst weitgehenden bergmännischen Tunnellösungen) und ökonomische/fahrzeittechnische Optimierung anzustreben.“

Insbesondere bei aktuell mit den Verantwortlichen der **DB Netz AG** geführten Gesprächen wurde die Ernsthaftigkeit und Seriosität unseres erarbeiteten Standpunktes bestätigt: Hierbei hat die DB Netz AG auch erkannt, dass sie ihre bisherige Kostenschätzung von 140 Mio. € für eine überwiegend oberirdisch geführte Trasse nachbessern muss. Inwieweit der **DB Services Immobilien GmbH**, die die Stellungnahme für den Abweichungsantrag der Stadt Lorsch verfasst hat, diese aktuellen Informationen hausintern vorab kommuniziert wurden, ist nicht bekannt.

Dabei kann festgehalten werden, dass das bisher einheitliche und gemeinsame Vorgehen von Kreis und Kommunen, bei der **Deutsche Bahn AG** dazu geführt hat, die Ernsthaftigkeit der Bergsträßer Position deutlich wahrzunehmen und sie in ihrem weiteren Abwägungsprozess zu integrieren.

Grundsätzlich ist es für alle Beteiligten von großer Bedeutung, die gemeinsam erarbeitete Position weiterhin geschlossen zu vertreten. Insbesondere sollte das bisher einstimmige politische Signal, das der Kreis und die Kommunen gegenüber der Deutschen Bahn AG zu dem geplanten Tunnel Langwaden-Lorsch gegeben haben, durch einen engen politischen Schulterschluss weiter gestärkt werden.